

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postweg monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßenthür für Deutschland 4.80 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Verlagsredaktion: Hans Nordens 2593 und 2594.

Jahrespreise bis achtgehabt, Monatspreise über dem Raum 1.20 M., Wochenspreise bis achtgehabt Wert 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leertexte 10 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsanlässen ist der Zuschlag fest. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition anfragen sein.

Verantwortl. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Verlagsredaktion: Hans Nordens 2593

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Von der Friedensvermittlung zum Krieg mit Amerika.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

Auf den parlamentarischen Untersuchungsausschuß sind die Klagen der Presse über die beschränkte Öffentlichkeit der Verhandlungen nicht ohne Eindruck geblieben. Der Vorsitzende macht zu Beginn der Sitzung bekannt, daß bei der Wahl des gegenwärtigen Verhandlungsraumes keinerlei böse Absichten vorgelegen haben. Es sei bisher kein anderer Raum vorhanden gewesen, für die Zukunft werde aber wohlwollend der Plenarsitzungssaal des Herrenhauses zur Verfügung stehen.

Die heutige Vernehmung des Grafen Bernstorff ist äußerst interessant. Einige Fragen betreffen die Handelsbeziehungen Amerikas zur Entente. Prof. Schäfer kommt dann auf die belgische Annerxionsdebatte und ihren Eindruck in Amerika zu sprechen. Der Vorsitzende macht dazu eine Bemerkung, die mit dem Begriff Annerxion ein wenig spielt, aber die Debatte springt dann auf ein anderes Thema ab.

Abg. Schilling fragt nach den Momenten, die die Stimmung in Amerika gegen Deutschland so ungünstig beeinflusst habe, und nun kommt man, zum guten Teil dank dem intensiven Frageeifer des Genossen Osk. Cohn, auf die bedenklichen Aktionen deutscher Agenten in Amerika zu sprechen, die das amerikanische Volk in hohem Maße aufregten.

Die Sabotageakten gingen nicht von dem Grafen Bernstorff aus, aber es ist einigermaßen schwer, den wirklichen Urheber festzustellen. Der Vorsitzende W. Barth stellt die Suggestivfrage, jedenfalls sei also die deutsche Regierung nicht schuldig. Hierauf Bernstorff: „Ja, es kam mir darauf an, was unter Regierung zu verstehen ist.“ Man einigt sich auf die Unschuld des Auswärtigen Amtes und läßt einsteilen unaußerprochen erkennen, daß die deutschen Militär- und Marinebehörden diejenigen waren, zu denen die Führer der „Verschwörungen“ in den Vereinigten Staaten zurückführten.

Von den bolschewistischen Fronten.

Die Siegesmeldungen der russischen Weißen Garden über die Einnahme Petersburgs, sind in den letzten Tagen erheblich zusammengeschrumpft. Weder hat sich die Armee Judentich als stark genug erwiesen, um größere Aktionen gegen Petersburg zu unternehmen, noch haben die Engländer irgendwelche beträchtlichen Fortschritte bei ihren Aktionen gegen Kronstadt zu verzeichnen. Es scheint sich allerdings zu bestätigen, daß einige kleinere Ortschaften in der Umgebung Petersburgs von den Truppen des Generals Judentich genommen worden sind. Die Hauptkräfte der Roten Armee jedoch halten die Besetzungen rings um Petersburg und scheinen entschlossen, den Kampf mit den Gegnern mit aller Energie auszufechten. Petersburg selbst soll in Verteidigungszustand versetzt worden sein. Die Sowjetbehörden haben Vorbereitungen getroffen, um Petersburg bis zum Neujahr zu halten.

Dem Berliner Justizkorrespondent „Reis“ wird aus Helsingfors offiziell gemeldet, daß man in militärischen Kreisen dem Vorgehen General Judentich skeptisch gegenüberstehe, da er nicht genügend Kräfte habe, um den Bolschewisten einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Es finden auch ernste Streitigkeiten zwischen den estnischen und den russischen Truppen statt. Unter Hinweis auf den Friedensvorsatz der Sowjetregierung haben die estnischen Truppen sich geweigert, weiter zu kämpfen. Ein Teil der estnischen Truppen ist an die lettische Front geschickt worden, wo sie bekanntlich zusammen mit den Letten die deutsch-russischen Räuberbanden des Obersten Vermondt abzuwehren haben.

An der süd-russischen Front scheint die Lage sich ernst zu gestalten. Eine Neuermeldung berichtet über weitere Erfolge von Denikin westlich Choper und in der Umgebung von Orsk. Ferner sollen die Truppen Denikins in Kiew eingedrungen sein und den größeren Teil der Stadt den Bolschewisten entrissen haben.

Welche Hoffnungen man in russischen gegenrevolutionären Kreisen an das Vordringen Denikins knüpft, geht aus einer Pariser Mitteilung hervor, wonach eine französische Mission unter General Mangin (dem älteren Bruder des früheren Befehlshabers der Belagerungstruppen in Deutschland) gegenwärtig auf dem Wege ins Hauptquartier Denikins ist, um dort die Wünsche der Entente über

die künftige Gestaltung der Regierung Rußlands nach der Besetzung der Bolschewisten zum Ausdruck zu bringen. Eines der wichtigsten Mitglieder der Mission ist der frühere russische Botschafter Malakow. Er führt einen Verfassungsentwurf mit sich, der nach dem Einzug Denikins in Moskau proklamiert werden soll. Dieser Entwurf sieht eine föderalistische russische Republik vor. Ob sich allerdings die monarchistischen Konterrevolutionäre im Lager Denikins an die Wünsche der bankrott liberalen Politiker in Paris scheren werden, ist mehr als zweifelhaft.

Die Schande des Belagerungszustandes.

Das „Ruhredo“ auf unbestimmte Zeit verboten.

Essen-Ruhr, 21. Oktober.

Auf Anordnung des Generalkommandos des 7. Armeekorps ist heute das „Ruhredo“ unter nichtigen Vorwänden wegen Behauptungen über den Hungerzustand in Wert und wegen einer Kopfleiste: Wie lange soll die Schande des Belagerungszustandes noch dauern? bis auf weiteres verboten. Das Verbot ist im Einklang mit dem Reichskommissar Geering erfolgt.

Daß unser jüngstes Parteiblatt, das „Ruhredo“, sich im besonderen Maße den Jörn der Rechtssozialisten zuschieben würde, war von Anfang an klar. Im Ruhrgebiet belag unsere Partei bisher kein einziges Blatt. Das Erscheinen des „Ruhredo“ gefährdete also die Herrschaft der Rechtssozialisten ebenso, wie es das Treiben der Militaristen schonungslos enthüllte. Dafür ist es jetzt von den Machthabern, die die Pressefreiheit im Munde führen, sie aber Tag für Tag mit Füßen treten, unterdrückt worden. Die Gründe dafür sind für unsere Partei nur ehrenvoll. Die Rechtssozialisten und die sie beherrschenden Militaristen können es nicht verkraften, daß ihr Schandregiment, das sich mit Demokratie und Freiheit so wenig verträgt, wie Feuer mit Wasser, an den Bronzer gestellt wird. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets aber wird durch dieses Verbot ihres Blattes erst recht einsehen, daß sie den Scheinsozialisten den allerheftigsten Kampf ansetzen muß.

Zur Einigung.

Amsterdam, 21. Oktober.

Das Organ der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Het Volk“ schreibt in einem Artikel unter Hinweis auf die in Deutschland zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Partei der Unabhängigen herrschende Spaltung, die Notwendigkeit einer Vereinigung der beiden Parteien werde nicht nur in Deutschland, sondern auch in der sozialistischen Welt außerhalb Deutschlands gefühlt. Der Verfall der deutschen Sozialdemokratie würde eine Katastrophe für die Internationale bedeuten. Wenn die deutsche Sozialdemokratie in sich selbst nicht mehr die Kraft zur Wiederherstellung der Einigung aufbringen könne, so erhebe der Augenblick für die Sozialisten außerhalb Deutschlands gefolgt, um ihre Dienste anzubieten, und zwar müßten sich insbesondere die Parteien der neutralen Länder im Bureau der Internationale fragen, ob sie nicht einen wohlüberlegten und zugleich entschlossenen Versuch machen müßten, um die Einigung in der Sozialdemokratie Deutschlands wieder herzustellen. Es geht nicht allein um eine deutsche Frage, sondern um eine sozialdemokratische europäische Frage, von der die Zukunft der Zivilisation abhängt.

So sehr wir die ernste Sorge, die aus diesen Zeilen spricht, begreifen und teilen, so bereitwillig wir das Recht der ausländischen Parteien anerkennen, in dieser schweren Frage ihren Rat und ihre Unterstützung dem deutschen Proletariat zu leihen, so scheint uns doch diese Auffassung vollkommen zu übersehen, daß es die erste Pflicht der Internationale ist, zu untersuchen, ob die Rote-Partei, die Partei der Förderung der Gegenrevolution und der Wiederaufrichtung des ökonomischen und politischen Systems des Kapitalismus, überhaupt noch sozialistischen Charakter besitzt; unterer Meinung nach ist dies nicht der Fall, und wir sind jederzeit bereit, an der Hand der Tatsachen den Beweis für diese Behauptung anzutreten. Verleugere ausländischer Parteien, die vor Unterjochung dieser Tatsachen angestellt werden, erscheinen uns nicht aussichtsreich zu sein und scheinen der Schwere des Problems nicht gerecht zu werden.

Das Befinden Haases.

Das Allgemeinbefinden weist eine leichte Besserung auf, die Temperatur ist gleichfalls etwas zurückgegangen. Bei der Größe der Verletzung bleibt der Zustand nach wie vor sehr ernst. Der Ausgang der Krankheit hängt davon ab, ob der Organismus die jähere Infektion überwinden wird.

Die Schuld am Kriege.

Von Heinrich Ströbel.

III.

Die Schuld der deutschen Regierung.

Am 4. Juli berichtet der österreichische Botschafter in Berlin, Graf Szögyeny, an Berchtold:

„Herr Zimmermann versicherte, er fände ein energisches, entschiedenes Vorgehen der Monarchie... gegen Serbien ganz begründlich, doch würde er diesbezüglich große Vorsicht empfehlen und raten, an Serbien keine demütigenden Forderungen zu stellen.“

Das ist die einzige Stelle in den bis zum 23. Juli reichenden Dokumenten, die als Warnung vor allzu provokatorischem Vorgehen Österreichs angesehen werden kann. Aber diese Warnung erfolgte zudem vor dem 5. Juli, vor der Unterredung mit Wilhelm in Potsdam! Aber dieser Bericht Szögyenys beweist auch noch etwas anderes: daß dem österreichischen Botschafter keineswegs nachgegangen werden kann, er habe warnende Stimmen aus Berlin gellend unterdrückt. Wenn er später nur noch Ansichten der deutschen Regierungsmitglieder mitzuteilen hat, die eine Anreizung zur rücksichtslosen Kriegsprovokation darstellen, so lag das nicht an seiner Berichterstattung, sondern an der Haltung der Berliner Regierung.

Am 5. Juli meldet Szögyeny an Berchtold über die Aufnahme des Handschreibens von Franz Joseph durch Wilhelm. Der deutsche Kaiser habe die Schriftstücke (Handschreiben und Denkschrift) „mit größter Aufmerksamkeit gelesen“ und versichert, „daß er eine ernste Aktion unternimmt gegen Serbien erwartet habe“, doch müsse er, da eine ernste europäische Komplikation im Auge behalten werden müsse, erst mit dem Kanzler beraten. Nach dem Dejeuner, als er, Szögyeny, nochmals den Ernst der Situation mit großem Nachdruck hervorgehoben habe, habe ihn Wilhelm zu der Meldung ermächtigt, „daß wir auch in diesem Falle auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können“.

Nach seiner (Kaiser Wilhelms) Meinung muß aber mit dieser Aktion nicht zugewartet werden. Auf jeden Fall werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet, und sollte es zu einem Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Rußland kommen, so könnten wir überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundesstreu an unserer Seite stehen werde. Rußland sei übrigens, wie die Dinge heute stünden, noch keineswegs kriegsbereit...“

Also: Wilhelm erwartet schlammigstes, energisches Vorgehen gegen Serbien, obwohl er selbst ernste europäische Komplikationen davon erwartet und mit Rußlands Intervention und der Möglichkeit eines Krieges mit Rußland redet. Kommt es zum Kriege mit Rußland, so wird Deutschland Österreich zu Hilfe eilen, denn Rußland ist ja noch keineswegs kriegsbereit!

Am 6. Juli meldet Szögyeny an Berchtold, daß er sorben in Begleitung des Grafen Hoyos eine lange Unterredung mit Bethmann gehabt habe. Die deutsche Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß Österreich beurteilen müsse, was zu geschehen habe. Die Monarchie könne, wie auch immer unsere Entscheidung ausfallen möge, mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihm stehe.“ Szögyeny berichtet dann weiter, daß er habe feststellen können, daß auch der Reichskanzler, gleich seinem kaiserlichen Herrn, „ein sofortiges Einschreiten unversäumt gegen Serbien als radikalste und beste Lösung“ betrachte. „Dem internationalen Standpunkt hält er den jetzigen Augenblick für günstiger, als einen späteren.“

Bethmann gab also hier, gleich Wilhelm, den Österreichern völlig freie Hand, den Krieg nach der ihnen im besten dünkenden Methode zu provozieren. Deutschland werde dann in jedem Fall hinter Österreich stehen. Und je rascher Österreich vorgehe, desto besser.

Am 8. Juli schreibt Berchtold dem Grafen Tisza:

„Sorten vertritt mich Tschirsky, der mir mitteilt, ein Telegramm aus Berlin erhalten zu haben, wonach sein kaiserlicher Herr ihn beauftragt, hier mit allem Nachdruck zu erklären, daß man in Berlin eine Aktion der Monarchie gegen Serbien erwarte, und daß es in Berlin nicht beifanden würde, wenn wir die gegebene Gelegenheit vorbegehen ließen, ohne einen Schlag zu führen.“

Daß Berchtold damit den Inhalt der Erklärungen Tschirskys nicht wiederzugeben hat, ergibt sich aus der

Laskowen. Erstens telegraphiert Berchtold am gleichen Tage an Szögheny, daß er Bethmann den wärmsten Dank für die durch Tschirsky übermittelten Erklärungen aussprechen sollte, die „von dem Geiste reinster Bundesstreue“ getragen seien und ihm bewiesen hätten, daß die Ziele und Richtlinien der Balkanpolitik der verbündeten Mächte völlig identisch seien. Zweitens aber hatte der anfängliche Kriegsgegner Tschirsky in diesen Tagen eine persönliche Unterredung mit Berchtold, die ihn ganz offensichtlich in einen Anhänger der Kriegsprovokationspolitik verwardelte.

Am 9. Juli telegraphierte Szögheny an Berchtold: „Staatssekretär (Jagow) ist, wie ich mich überzeugen konnte, mit der gemeldeten Stellungnahme der deutschen Regierung vollkommen einverstanden und versicherte mir in sehr entschiedener Weise, daß auch nach seiner Ansicht die in Aussicht gestellte Aktion gegen Serbien ohne Verzögerung in Angriff genommen werden sollte.“

Am 12. Juli meldet Szögheny dem Grafen Berchtold, daß Wilhelm und die andern maßgebenden Faktoren „nicht nur fest und bundestreue“ hinter Oesterreich ständen, sondern: „sie ermuntern uns auch noch auf das nachdrücklichste, den jetzigen Moment nicht verstreichen zu lassen, sondern energischst gegen Serbien vorzugehen.“

Am 14. Juli versichert Wilhelm selbst in einem Handschreiben Franz Joseph:

Durch Deinen Befehl und von mir aufrichtig geschätzten Volkswort wird die meine Versicherung übermittelt worden sein, daß Du auch in den Stunden des Ernstes mich und mein Reich in vollem Einklang mit unserer allbewährten Freundschaft und unserer Bundesspflichten treu an Eurer Seite finden wirst. Die dies an dieser Stelle zu wiederholen, ist mir eine freudige Pflicht.“

Am 16. Juli wieder drahtet Szögheny an Berchtold, daß Staatssekretär Jagow die Verzögerung des Vorgehens gegen Serbien zwar verstehe (man wollte erst die Abreise des französischen Präsidenten der Republik aus Petersburg abwarten), daß er jedoch ganz außerordentlich diese Verzögerung bedauere.

All diese Dokumente beweisen mit erdrückender Wucht, daß der Schlag gegen Serbien, der zum Weltkrieg führen mußte, von Berlin ebenso leidenschaftlich ersehnt und vorbereitet wurde, wie von Oesterreich! Die Wilhelm, Bethmann und Jagow sind genauso der Anzettler des Kriegsverbrechens schuldig, wie der Franz Joseph, Berchtold und Stürckg. Dabei enthalten die aktenmäßigen Belege sicher nur einen Teil des Schuldbeweises. Welche Instruktionen Tschirsky von Berlin aus unter der Hand erhalten hat und welche Einflüsse sonst noch spielten, wissen wir nicht und werden wir vielleicht niemals erfahren.

Nach all diesen Vereinbarungen zwischen Berlin und Wien konnte das Ultimatum an Serbien gar nichts anderes sein, als die frivolste Kriegsprovokation. Daß Wilhelm und Bethmann bis zum 22. Juli dessen Wortlaut nicht konnten, ist nicht die geringste Entlastung für sie. Sie wollten ihn ja nicht wissen, um sich später als Unschuldslämmer aufspielen zu können. Hätten sie den Krieg verhindern wollen, so hätten sie von Anfang jeden gegen Serbien unternommenen Schritt peinlichst kontrollieren müssen. Aber sie gaben Oesterreich freie Hand, um sich ein Alibi zu verschaffen, während der Complice das gemeinsam geplante Verbrechen ausführte! (Schluß folgt.)

Dr. Gehler, Wiederaufbauminister. Die amtlich gemeldet wird, hat sich der Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Gehler, entschlossen, daß ihm angebotene Amt eines Wiederaufbauministers anzunehmen.

Der Bürger lacht dazu.

Aus dem Strindbergschen Drama „Amisch“ hat man ein Kinofilm gemacht. Das „läuft“ jetzt gleichzeitig in einigen hundert Kinos in Deutschland. Von der qualvollen Komplexität Strindbergs und seiner Menschen bleibt auf der Kinoleinwand nicht mehr übrig, als in einer fabrikmäßigen, sachlosen Reproduktion von einem Gemälde Munchs überbleibt. Also doch eine ganze Menge? Ja. Aber keine einzige Menschheit. Was Nielsen spielt — aber davon will ich ja gar nicht reden.

Wieder: In diesem Kinodrama ist eine Szene, in der ein junges Mädchen, die einweilen noch nichts anderes verbrochen hat, als von Hause fortzulaufen und zwei verschiedene (man weiß) Männer hintereinander zu küssen, in der ein solches Mädchen (auf falschen Verdacht hin) von der Sittenpolizei verhaftet und nun dem ganzen brutalen Apparat der medizinischen und moralischen Kontrolle ausgeliefert wird.

Sie wird auf die Polizeiwache geschleppt. Ihr Freund, der ihr folgt, um sie nicht zu verlassen, wird vor der Türe weggejagt. Sie wird in eine Zelle gesperrt, zu all den andern, vielleicht nicht so „unschuldigen“, aber genau so unglücklichen Frauen, die man von den Straßen eines Großstadteiles zusammengetrieben hat und die es eher gewohnt sind, hier zu sitzen. Sie wird dem diensthabenden Polizeiarzt vorgeführt, der ohne sie nur anzusehen, sein steriles „Aussehen!“ besichtigt. Sie versucht, halb hilflos vor Cam und Etel, zu stehen. Handfeste Polizeischwestern halten sie fest und beginnen sie zu erschleiden.

Und das Publikum?

Das Publikum lacht! Die Szene spielt in einem Kinohaus der freien Reichs- und Hansestadt Bremen, der Stadt der Senatoren und feinen Leute. Aber ich will gerecht sein und genau berichten: Nicht alle lachen — die meisten schweigen. Aber auf den Leuten, den feinen Vätern, auf dem Rang und in den Logen, da wird gelacht. Kräftiges, zufriedenes Männerlachen erklingt, während auf der Leinwand eine der grauenvollsten Verurteilungen der heutigen Gesellschaftsordnung salbsthändig vorgeführt wird.

Was ist grauenhaft? Daß das junge Mädchen sozusagen „unschuldig“ in diesen Kontrollapparat gerät? Oh nein. Das ist ja nur ein Zufall. Sie könnte ebenso gut genau so „schuldig“ sein, wie ihre Leidensgefährtinnen in der Zelle, die das alles gewohnt sind und stumpsinnig über sich ergehen lassen, die aber eines Tages genau so jung waren wie sie und sich sträubten und wehrten, sich vor Etel wendeten und lachten, wie sie.

Schuldig, wer ist denn überhaupt in diesem Falle schuldig? Diese unglücklichen, verurteilten oder ausgehauenen, herunterkommenen und geschmähten Frauen in der Zelle? Die de-

Eine unfaubere Gesellschaft.

Die Antifolschewistische Vereinigung im Bunde mit der Regierung.

Die berüchtigte Antifolschewistische Vereinigung ist seit einigen Monaten davon abgekommen, die Straßen der Städte mit blutrünstigen Bildern zu verunkeln. Sie hat sich dafür um so eifriger auf die unterirdische Arbeit gelegt, weil der Lärm, den sie verursachte, schließlich jeden Menschen mit Kleinlichkeitsgefühl abstoßen mußte und die Frage immer brennender werden ließ, woher denn diese faubere Gesellschaft die Mittel für ihre riesige Propagandatätigkeit nimmt. Die Bührarbeit, die die Antifolschewistische Vereinigung nunmehr im geheimen betreibt, ist aber nicht minder gefährlich, sie ist direkt verbrecherisch geworden und findet nur ein Gegenstück in der russischen Džrana, jener zaristischen Geheimorganisation, die durch Mord, Rache, Putsch und Spitzelarbeiten der Arbeiterbewegung den Garaus zu machen versuchte. Und wie früher im zaristischen Rußland, so findet heute im sogenannten republikanischen Deutschland die Geheimorganisation der Reaktion die weitgehendste Unterstützung der Regierung. Dafür möge folgendes Schriftstück als Beweis dienen:

Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus. Berlin W 9, 18. 7. 1919.

An die Vereinigung der Metallindustriellen von Eberswalde u. Umgebung E. W. 3. 9. d. Herrn Reg.-Rat Dr. Rammann. Messingwerk bei Eberswalde.

Wir hatten uns vor einiger Zeit an die Hunsangel-fabrik Roeller u. Schreiber gewandt mit der Bitte, unsere Ziele und Bestrebungen tatkräftig zu unterstützen. Die obige Firma hatte die Liebenswürdigkeit, unser Material zu prüfen und festzustellen, daß dasselbe sehr wirkungsvoll für die Arbeiter sei. Wir wandten uns deshalb noch an andere große Firmen, um die gesamte Arbeiterkraft von Eberswalde zu bearbeiten. Wir erlauben uns, Ihnen eine kleine Auswahlendung unseres Materials gehen zu lassen, mit der Bitte, dasselbe zu prüfen und uns wissen zu lassen, wie weit unsere Bestrebungen Ihr Interesse erregt haben. Selbstverständlich befindet sich noch anderes Material in unserem Besitz, außerdem sind bei uns noch verschiedene wirkungsvolle Plakate erschienen, die wir den Firmen gern zur Verfügung stellen. Wenn sie auch nicht immer einstimmigen Beifall gefunden haben, so ist doch festzustellen, daß die guten Arbeiter bei der Disziplin die schlechtgeleiteten Arbeiter mundtot machen.

Wir befehlen uns aber nicht nur mit Vorkantierungen in Wort, Schrift und Bild, sondern unterhalten im Auftrage von amtlichen Stellen eine Nachrichtenorganisation.

Zum Schluß bemerken wir, daß wir z. B. damit beschäftigt sind, eine Organisation, die sich gegen die Streiks richtet, aufzubauen. Wir haben diesbezüglich schon mit den hiesigen Ministerien Rücksprache genommen.

Sollten Sie irgendwelche Bedenken über unsere Organisation haben, bitten wir Sie, sich an Herrn Bessel zu wenden, der Ihnen in keiner Eigenschaft als Präsident des Reichsbürgerrates bekannt sein dürfte.

In der Hoffnung, daß Sie sich zu unserem Schreiben äußern und unsere Ziele und Bestrebungen unterstützen werden, zeichnen wir uns

mit vorzüglicher Hochachtung für die Geschäftsstelle Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus, Berlin W 9, Schellingstr. 2 (Unterschrift)

Durch dieses Schriftstück wird also einwandfrei festgelegt, daß die Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus die Arbeiterkraft nicht nur durch Flugblätter und Plakate im Sinne ihrer Geldgeber zu beeinflussen versucht, sondern daß sie auch eine große Spitzelorganisation unterhält, und zwar im Auftrage der amtlichen Stellen. Wir haben schon wiederholt auf diese

rufsmäßigen oder Gelegenheitsbirnen, diese unsagbar freudlosen „Freudenmädchen“! Sie sind genau so schuldig und so unschuldig wie wir, wie wir alle. Sie sind nicht anders als wir und sie sitzen doch hinter Schloß und Riegel, jeder polizeilichen Brutalität, jeder heuchlerischen Moralnuppelei wehrlos ausgeliefert und deshalb, weil sie Frauen sind und weil sie kein Geld haben. Hätten sie Geld, so sähe keine von ihnen da. Sie sind nichts als die wehrlosen Opfer einer Gesellschaftsordnung und einer Geschlechtmoral, die von Kirche und Staat gewaltsam aufrecht erhalten werden und an deren Ungerechtigkeit und Heuchelei wir alle gleichermaßen schuldig sind. Wir alle sind schuldig, sie sind die Opfer. Sie sitzen dort, sie müssen sich brutalisieren lassen, sie üben ihr trauriges Gewerbe aus, damit das ganze Kunstreich, auf der christlichen Ehe aufgebaute Gebäude der bürgerlichen Moral nicht zusammenstürzt. Sie sitzen dort, damit der Sohn aus guter Familie seine Ehe solange hinauschieben kann bis seine „Position“ glänzend genug ist. Sie sitzen dort, damit die seine Familie die Zahl ihrer Kinder in angenehmen Grenzen halten kann. Sie sitzen dort, damit die sorgsam ausgeklügelte Gehelrat der feinen Leute nicht über der erotischen Abneigung der beiden Eheleute in die Brüche geht. Sie sitzen dort, damit die von allen Seiten bestirnte höhere Tochter „unschuldig“, damit das bürgerliche Haus „rein“ und die bürgerliche Ehe „tadellos“ bleibt. Sie sitzen dort, damit wir alle, der Bürger und der Proletarier, uns um die lästigen Konsequenzen unserer Eitelkeit herumdrücken können, wenn wir wollen. Sie sitzen dort — die Opfer unserer Moral, unseres Lebens, unserer „Sünden“. Unsere Opfer — vernachlässigt, verkommen, abgestumpft, teufel, in Wahrheit mit allen Händen gefehlt, erbarmungslos gegen ihre Opfer, verhärtet, unzugänglich, gefährlich vielleicht — vor allem aber eins: unsagbar unglücklich, auch wenn sie es selbst nicht mehr empfinden. Und wenn sie es selbst nicht wissen: unsere Opfer. Fines Tages war jede von ihnen so jung, wie der Jüngste von uns. Eines Tages war jede von ihnen gesund und „rein“ und voll von Liebe — nichts als „ein junges Mädchen“.

Und jetzt? In der Loge der Bourgeois, der vielleicht gerade von ihnen kommt oder gleich zu ihnen gehen wird ihr sein gutes Geld, — der lacht. Hans Stiemien.

Dr. Karl Ruck, der heute 80 Jahre alt wird, diegrüerte nach seiner Rückkehr aus Amerika in einem außerordentlichen Mitteilungsorgan der Staatsoperwerke von Cornelius, Beethoven, Wagner, in hervorragender Weise unter Aufsicht und Begleitung des Reichs.

Die Freie Volksbühne veranstaltet am Sonntag den 2. November, vormittags 11½ Uhr im Theater am Bülowplatz ihr fünftes Konzert. Es wird das Klingler-Quartett Streichquartette von Schubert und Mozart zur Aufführung kommen.

Laskowen hingewiesen, trotzdem hat die Regierung bisher immer abzustreiten versucht, mit der antifolschewistischen Spitzelorganisation in Verbindung zu stehen. Der Fall wird dadurch um so bedeutender, daß die antifolschewistische Spitzel ihre Hände bei der Verfolgung und Ermordung von Arbeiterführern im Spiele hatten. Vor dem Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung hat der Zeuge Jürgen befundet, daß diese unfaubere Gesellschaft 24 000 M. Belohnung für die Ermordung Ledebours und Liebknechts ausgesetzt hat. Die Presse, die sonst alle Berichte vom Untersuchungsausschuß an hervorragender Stelle veröffentlichte, wenn sie Schmutzmaterial gegen die Unabhängigen enthielt, hat diese schwerwiegende Feststellung so geschwiegen. Wir erheben deshalb an dieser Stelle die Forderung, daß sich die Regierung über ihre Verbindung mit dieser schwer compromittierten Vereinigung in ungewidertiger Weise äußert.

Daß die antifolschewistische Vereinigung auch die Organisation des Streikbruchs in die Wege geleitet hat, gibt dem oben veröffentlichten Schriftstück seinen besonderen Wert.

Ungefegliche Verfolgungssucht.

Zum Auslieferungsbegehren Bayerns gegen Dr. Leven.

Die bayerische Regierung versucht durch allerlei PreSSIONen die österreichische Regierung zu bestimmen, den Münchener Kommunistenführer Dr. Leven auszuliefern, damit er den sogenannten Volksgerichten, die sich in den Weiskopfprozessen so gut bewährt haben, übergeben werden kann.

Nach Lage des Falles kann nach den gültigen vertraglichen Bestimmungen kein Zweifel darüber herrschen, daß Oesterreich zu einer entgegengesetzten Ablehnung des bayerischen Ansinnens gelangen muß.

In Oesterreich besteht im Gegensatz zu Deutschland für Auslieferungsfälle ein gesetzliches Verfahren mit richterlicher Mitwirkung. Wenn die richterliche Tätigkeit auch nur eine gutachtliche ist, so kann es für ausgeschlossen gelten, daß sich die ministerielle Zentralinstanz zu Ungunsten eines Flüchtlings über die Entscheidung des Oberlandesgerichts hinwegsetzt. Nach dem geltenden Gesetz ist die Auslieferung wegen politischer Delikte zwischen Oesterreich und Bayern ausgeschlossen.

Der Fall, daß eine Macht die Auslieferung eines politischen Flüchtling unter der Verschuldigung des gemeinen Verbrechens begehrt, ist nicht neu; es ist deswegen seit 1890 der ständige Gebrauch aller Staaten, die das Asylrecht pflegen, daß sie Verbrechen, die im Zusammenhange mit politischen Zwecken und Aktionen, insbesondere wenn sie im Bürgerkrieg vorkommen, von der Auslieferung ausschließen. Von angesehenen Völkerrechtsexperten hat namentlich Heinrich Danneberg diesen Standpunkt vertreten. Nach diesen Grundsätzen hat die österreichische Regierung die politischen Flüchtlinge nach dem Sturz der ungarischen Regierung behandelt. Es ist daher anzunehmen, daß sie in dem gleichartigen Fall Leven Asylrecht gewähren wird. Die bayerische Regierung läßt besser, wenn sie, anstatt ihren Staatsanwalt in besonderer Mission nach Wien zu senden, ihre Beamten mit der Sühne der Rache an Landauer und vielen anderen Märtyrern für die Sache des Proletariats betrauen würde.

Zweiterlei Maß.

Für bedürftige Kriegsgefangene ist kein Geld vorhanden.

Während man für die durch den Krieg geschädigten Untertanen Milliarden über Milliarden ausgeworfen hat, ist für die Vermittler der Armen, die Familien der Kriegsgefangenen, kein Geld vorhanden. Der Reichsminister des Innern, Dr. Koch, erklärt in der Antwort auf eine kleine Anfrage, daß für die Unterstützung bedürftiger Kriegsgefangener und ihrer Familien keine weiteren Mittel außer den hierfür bereitgestellten 180 Millionen Mark ausgetorfen werden könnten. Die Finanzlage des

Wilhelm flagt.

Begen des „Kaiserfilms“, der in Berlin verboten ist, hat Wilhelm aus Amerongen bei der Staatsanwaltschaft in Berlin Strafantrag gegen den Schauspieler und Verfasser Ferdinand Bonn gestellt. Wilhelm II. flagt wegen Verletzung, wegen Mißbrauch seines Bildes und auf Unterlassung aller Aufführungen. Der Film ist geschmacklos, aber Wilhelm sollte lieber sich selbst anklagen, denn die Sünden des „persönlichen Regiments“ waren in der Wirklichkeit noch trauriger und schlimmer als im Film.

Gebatter Tod.

„Gebatter Tod“, eine dramatische Dichtung von Karl Felner, machte bei der Aufführung in Vera Storck Eindruck. Unser Parteiorgan, die „Neuzeitliche Tribüne“, lobt Stoff und Sprache und gibt eine kleine Probe davon. Der arme Mann spricht zum lieben Gott: „Du gibst dem Reichen und läßt es geschehen, daß dem Armen genommen werde. Mein Nachbar, der soviel hat, daß dreimal zwölf Kinder an seinem Tische satt würden und noch übrig beschließen; der schon böse wird, wenn er von weitem ein Kind schreien hört; der soll keines haben! Aber an meiner Weisheit hängt du jedes Jahr eines, und ich mir auch noch meine Frau wegnehmen. Nein, ich danke dir, lieber Gott, ich mag keine Gebatterchaft nicht annehmen.“

Das Stück soll demnächst im Berliner „kleinen Theater“ zur Aufführung gelangen. Ein anderes Werk des Verfassers ist bei der „Volksbühne“ in Vorbereitung.

Das Große Schauspielhaus soll Anfang November mit der „Crestle“ eröffnet werden. Direktor Reinhardt hat die Vertreter der Presse am Sonntag zur Vorbereitungsbesprechung des von Professor Boelzig umgebauten neuen Zirkushauses geladen.

Subermanns neuester Bühnenreißer, „Die Raschhoffs“, wird in Berlin zuerst im Residenz-Theater aufgeführt werden. Er hatte bereits in Königsberg bei der Uraufführung sein Publikum gefunden.

In der Volksbühne wird in Abänderung des Spielplans am Donnerstag „Jungferngit“ zur Aufführung gelangen.

Blauer Starasjan, die russische Kleinkunstbühne am Kolonnenplatz (Bülowstr. 6) wird am 16. Oktober mit einer Eigenregie „Kostau in Berlin“ eröffnet.

Wolff gibt am Freitag, den 24. Oktober, abend 7½ Uhr, einen klassischen Vortragabend (Goethe ufm.) in der Philharmonie. Twardowski spricht am Montag, 27. Oktober, 8 Uhr, in der Segeffion (Kurfürstendamm 109) Reden, Danksagungen, Vorträge; Schauspielporträts.

Eine Herkulesstellung ehemals selbgrauer Künstler ist in der Akademie der Künste vom 2. November bis 27. Dezember.

Reichs machte das unmöglich. Nicht unmöglich aber ist es dem Reich, für einzelne Erwerbsgruppen, etwa die Weber, Willibardengehilfen auszuweisen! Auch diese Tatsache beleuchtet trefflich den Geist des neuen „Vollstaates“ Deutschland.

Der getreue Eckhardt.

Reichswehrminister Roske hat an die Redaktion des „Vorwärts“ folgendes Schreiben gerichtet und durch H. L. B. der erlauchten Mittelst bekanntgegeben:

Im „Vorwärts“ vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angezogen, von der ich weit abstehe. Wenn dort von „Herauswerfen“ des einen und „im großen Wagen folgen“ des anderen gesprochen wird, so kann ich es nur verurteilen, wenig in einer berichtigten Weise von Männern gesprochen wird, deren Auffassungen und Wege sich von meinen trennen, deren langjähriger Friedens- und Kriegsdienst sie aber vor solchen Ausdrücke schätzen müßten. Was den sachlichen Teil der Notiz anbelangt, so verabschiedet der Reichspräsident nach Recht und Gesetz über die Verabschiedung von Offizieren.

Wer sind nun die beiden „verdienten Männer“, die Herr Roske so warm in sein Herz geschlossen hat, daß er zu ihrer Nachfertigung vor den Angriffen des bösen „Vorwärts“ sogar den Telegraphenapparat in Bewegung setzt? — Nr. 1: Graf Waldersee, bisher Kommandeur der 29. Reichswehrbrigade, ein eingeschätzter Gegner des 9. November und Monarchist bis aufs Mark! Er ist entlassen worden, weil er in einem offenen Brief an den General Groener diesen für die Revolution verantwortlich gemacht hat und damit eine große Schimpfkanonade gegen Volk und Regierung verband. Nr. 2: Graf von der Goltz, der den Aufmarsch der Konterrevolution in Kurland bewerkstelligt hat, die deutschen Truppen zum Uebertritt in die russische Armee zwang und sie für ihre kriegerischen Heldentaten gegen Riga beglückwünschte. Durch seine Treibereien wurde die Blockade der Enden herausgeschworen und das deutsche Volk in schärfster Weise gefährdet.

Zwei solchermaßen „verdiente“ Männer müssen von Herrn Roske natürlich in Schutz genommen werden. Entschuldigend sammelt er am Schluß seines Schreibens, daß nicht er, sondern der Reichspräsident die Verabschiedungen ausgesprochen hat. Eine überflüssige Bemerkung! Denn das weiß ja schon alle Welt, daß Herr Roske der Eckhardt der monarchistischen Offiziere ist.

Noske und der Militarismus.

Noske hat in der Nationalversammlung dem General von Bülow die Verpflichtung, daß die Reichswehr während des Winters nicht herabgesetzt werden dürfe, weil dadurch viele Leute erloschen würden. In einem sonderbaren Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß an anderer Stelle neue Werbungen für die Reichswehr vorgenommen werden. So sind uns auf die Noskerede in der Nationalversammlung aus den verschiedensten Teilen des Reichs Mitteilungen zugegangen, aus denen hervorgeht, daß die Anwerbungen in der Provinz geradezu wieder flieberhaft betrieben werden. Vor uns liegen allein sieben Zeitungen mit Werberinseraten für die verschiedensten Reichswehrformationen. Am charakteristischsten erscheint uns dabei der Werberuf der III. Marinebrigade (von Loewenfeld), der mit dem Vermerk versehen ist, daß die Anwerbungen mit Genehmigung des Reichswehrministers vorgenommen werden. Der Kommandeur von Loewenfeld hat nun Anfang Oktober einen Befehl ergehen lassen, durch den er die Vereidigung seiner Truppen verbietet. Die Begründung für die Eidesverweigerung ist wörtlich der bekannte Sudelschrift der Deutschenationalen Volkspartei entnommen, gegen deren Verurteilung und Tendenz sich Herr Noske in der Nationalversammlung mit heftigen Worten gewandt hat. Herr Loewenfeld aber, der diese Schmähschrift billigt, sich ihre Gedankengänge zu eigen macht und die ihm unterstellten Truppen an der Hand dieser Sudelschrift gegen die Regierung aufbeist, genügt weiter das ungeschwächte Vertrauen Noskes. Das ist wieder ein charakteristischer Beweis dafür, daß sich die monarchistischen Offiziere der niedrigsten Stufe gegen die Regierung bedienen können, ohne daß sie dadurch bei Noske in ihrem Ansehen sinken, ja sie werden zu ihrem verräterischen Treiben durch die milde Rücksicht Noskes geradezu herausgefordert.

Die Kämpfe um Riga.

Kopenhagen, 21. Oktober.

Katoprek meldet aus Riga: Der Feind griff mehrfach Friedriksstadt an, wurde jedoch jedesmal mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Bei der Einnahme von Dünamünde erbeuteten die Russen schwere Geschütze nebst Munitio, dreihalb Maschinengewehre, eine drahtlose Telegraphenstation, mehrere Küchen, Pferde, Wagen und anderes Kriegsmaterial.

Die Aussagen der deutschen Gefangenen ergeben immer interessantere Tatsachen. Unter anderem: die Deutschen haben drei Wochen vor Beginn der Offensive mehrere Kompagnien über die Grenze bei Lissa passieren lassen, ohne daß von Seiten der deutschen Behörden der geringste Protest dagegen lautete wäre. Fünf Tage vor Beginn der Offensive überschritt das erste Jäger-Regiment zu Pferde die ostpreussisch-litauische Grenze mit Gewalt und trat bald darauf in Mitau ein. Major Bischoff leitete persönlich die militärischen Operationen gegen Riga. In Efern, Schumben, Preetzeln, Rainoden und Niebe entwarferte das 2. preussische Garde-Regiment die letzten Militärkommandanturen. Die Deutschen setzten das Bombardement der Stadt Riga fort. Die Flotte der Engländer und Franzosen unterstützt die Letzten weiter mit Marinengeschützen. Die deutschen Truppen liegen unter schwerem Feuer.

Gompers zur Schlichtung des Hafnarbeiterstreiks in New York.

H.N. New York, 22. Oktober.

Gompers traf am 21. Oktober hier ein, um zu versuchen, im Hafnarbeiterstreik eine Einigung herbeizuführen. Er hatte eine Konferenz mit den Arbeiterführern, deren Ergebnis aber noch unbekannt ist. Man ist sehr wenig optimistisch. Die Arbeiter lehnen es ab, mit der Veröhnungskommission zu verhandeln, bevor der Präsident des Hafnarbeiterverbandes aus diesem entfernt ist, weil sie annehmen, daß der Präsident auf Seiten der Unternehmer steht. — Der New Yorker Bürgermeister Dillon telegraphierte einen Protest gegen eine Ver-

sendung von Truppen nach dem New Yorker Hafen, in dem er darauf hinweist, daß der Konflikt auch ohne militärische Hilfe zu Ende geführt werden kann.

Stillelegung des Verkehrs im New Yorker Hafen.

Bern, 21. Oktober.

Der Streik der Hafnarbeiter hat am Sonnabend und Sonntag zu einer vollständigen Stillelegung des Verkehrs im New Yorker Hafen geführt, wodurch große Warenanhäufungen entstanden sind. Die Schiffsahrtsgesellschaften sind unerschütterlich und beständigen die Einstellung von Arbeitswilligen aus anderen Berufen.

Die Arbeiterkonferenz in Washington.

Beteiligung der deutschen Gewerkschaften.

Berlin, 21. Oktober.

Wegen der Entsendung deutscher und österreichischer Delegierter zu der bevorstehenden Arbeiterkonferenz in Washington haben sowohl von Regierungseite wie von den Gewerkschaftsverbänden weitere Verhandlungen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es anzunehmen, daß die bisherige ablehnende Haltung gegenüber der Frage der Beschickung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzugeben. Dem Gewerkschaftsbund ist durch neutrale Vermittlung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zu der Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung in der ersten Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bestätigt worden. Die deutsche Regierung hat sich unter diesen Umständen in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Gewerkschaftsbundes entschlossen, Delegierte nach Washington zu entsenden. Außer zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständiger angehören.

Der Streik der Metallarbeiter.

Warnung vor Irreführung.

Die Unternehmer beabsichtigen durch Ausgabe von Postkarten die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit aufzufordern, obwohl die Verhandlungen über die Einstellung noch nicht abgeschlossen sind. Sie versuchen dadurch in letzter Minute Uneinigkeit in den Reihen der Streikenden hervorzurufen.

Ueber die Einstellung und den Zeitpunkt der Wiederaufnahme entscheiden die Unternehmer nicht allein, sondern nur im Einverständnis mit der Hünzler-Kommission. Diese wird zur Einstellung und Aufnahme der Arbeit öffentlich auffordern. Alle Streikenden haben daher unter allen Umständen die Verolten der Hünzler-Kommission abzuwarten. Das Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung muß den Arbeitern unter allen Umständen gewahrt bleiben. Deshalb muß gerade jetzt, kurz vor dem Ende des Streiks, die Arbeiterschaft geschlossen zusammenhalten.

„Freikorps der Arbeit.“

Das „Freikorps der Arbeit“ macht sich weiter bemerkbar. Bei der Firma Eckert in Lichtenberg waren einige Mitglieder des Metallarbeiterverbandes mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Da erschien gestern vormittag plötzlich eine Anzahl von Arbeitswilligen mit Aufweifen des „Freikorps“, um bei der Firma in Arbeit zu treten, was zur Folge hatte, daß die Notstandsarbeiter ihre Tätigkeit sofort einstellen, da sie es selbstverständlich ablehnten, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Ein Zeichen, daß das Aufgebot der Streikbrechertrupps dem Wirtschaftsleben nur schadet.

Sympathieumgebung.

In der Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Rüstler-Verbandes wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die den streikenden Metallarbeitern Groß-Berlins ihre warmste Sympathie ausdrückt und die Mitglieder auffordert, den schweren Kampf der Metallarbeiter gegen das starkköpfige Unternehmertum der Großkapitalisten sozialistisch und finanziell zu unterstützen.

Somit den einzelnen Ortschaften nicht besondere Sammellisten zugegangen sind, werden die Vertrauensleute der Ortschaften und Ortsämter aufgefordert, Streiknotizen von der Geschäftsstelle der Ortsverwaltung, Kaiser-Wilhelm-Straße, abzuholen und recht ege den Verkauf der Notizen zu betreiben.

Die Verhaftung des Arbeiterrats Sill.

Ueber die am Freitag erfolgte Verhaftung des Arbeiterrats Sill hatte das „Berliner Tageblatt“ in seiner Nr. 488 einen Bericht gebracht, der nach einer Zuschrift, die wir von Sill erhalten, den Tatsachen nicht entspricht. Wie Sill mitteilt, ist er nicht durch eine Seitenarrest, sondern durch das Hauptamt in das Reichswehrministerium eingetretten. Die Verhaftung hatte dort vor seinem Erscheinen schon einstimmig den Sympathiestreik beschlossen. Falsch sei auch, daß Sill am Freitag nachmittag im gegenüberliegenden Lokal eine Versammlung abgehalten habe. Er sei vielmehr von zwei Arbeitern aufgefordert worden, den Notbetrieb in der Zentrale Rummelsburg aufnehmen zu lassen. Er sei dort unentgeltlich eingesetzt worden, um die Notwendigkeit festzustellen. Dann aber sei er von einem Hauptmann Eder im Namen des Reichswehrministers verhaftet worden. Seiner Verhaftung habe er sich nicht zu entziehen versucht. Durch diese Manipulationen und Herausgabe falscher Verweise seien die Arbeiter verwirrt worden und den Funktionen und ihm die Innehaltung ihrer Verpflichtungen unmöglich gemacht worden.

Nach der Behauptung des „Berl. Tagebl.“, Sill sei von den Hohnweiger Arbeitern mit Prügel bedroht worden, sei restlos erlegen. Jene seien vielmehr sofort bereit gewesen, die Stromzufuhr nach Berlin einzustellen. Sie hätten auch, als sie Sills Verhaftung erfuhren, eine Deputation nach Berlin geschickt, die so lange hier blieb, bis alle Verhafteten wieder entlassen waren. Für die Einweisung dieser Solidarität danken alle vier Verhafteten ihnen und allen denen, die an der Einhaftung mitgewirkt haben.

Der Vertreter der französischen Arbeiterpartei im Kongress für internationales Arbeiterrecht in Washington Jouhaux ist mit seinen technischen Beratern nach Washington abgereist.

Gewerkschaftliches.

Vierte internationale Bauarbeiter-Konferenz.

Vom 6. bis 8. Oktober tagte in Amsterdam die internationale Konferenz der Bauarbeiter. Vertreter waren Belgien mit 45000, Dänemark mit 6000, Deutschland mit 406000, Frankreich mit 100000, Holland mit 10000, Norwegen mit 2000, Oesterreich mit 28000, Schweden mit 4000, Schweiz mit 7000 Mitgliedern. Insgesamt waren 805000 Bauarbeiter auf der Konferenz vertreten. Die Konferenz erledigte im allgemeinen nur geschäftliche Dinge und nahm ein neues internationales Statut an.

Zu einem Mißling kam es am Schluß der Konferenz bei den Verhandlungen über den Sitz und die Wahl der Zeitung der Internationale. Die Franzosen erklärten sich mit großer Schärfe gegen die Verlegung des Sitzes in Deutschland und forderten die Verlegung des internationalen Bauarbeiterbureaus nach Belgien. Es zeigte sich hier deutlich, daß die Haltung des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes zur Kriegspolitik der deutschen Regierung einen erheblichen Gegensatz innerhalb der Bauarbeiter-Internationale hervorgerufen hat. Schon im Anschluß an den Geschäftsbericht kam es zu einer Aussprache, an der besonders die belgischen und französischen Delegierten beteiligt waren, in der sich die Vertreter der Zentrale unter Führung von Baeploew genötigt sahen, Herrn Binna und seine Leute abzuschießen.

Die Abstimmung über die Wahl des Sitzes der Zeitung ergab eine Mehrheit für Deutschland; Baeploew wurde zum Vorsitzenden, Kober zum Kassierer und Kappler zum internationalen Sekretär gewählt. Der französische Delegierte Chanbin erklärte darauf, daß die Franzosen jede Verantwortung für das, was aus der Ablehnung der französischen Anträge auf Verlegung des Sitzes der Internationale folgen werde, ablehnen müßten.

An der Geschäftsführung und Bureauarbeit werden sich die Franzosen, die das Recht zur Entsendung von zwei Vertretern in das internationale Bureau haben, nicht beteiligen.

Die Vorgänge zeigen aufs neue die nachteilige Wirkung der Kriegspolitik der Rechtssozialisten auf den internationalen Kampf des Proletariats.

Achtung! Maler, Lackierer, Anstreicher!

Morgen, Donnerstag, findet im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung des Verbandes statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung, die von ungeheurer Bedeutung für die revolutionäre Weiterentwicklung des Verbandes ist, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Betriebsratswahlen bei der Firma Pintsch A.-G.

Im September fanden bei der Firma Pintsch A.-G. zwei Betriebsratswahlen statt, welche es dem „Vorwärts“ angetan hatten. In Nr. 478 beschloß er sich mit den Versammlungen und Kagle das Einbringen des politischen Streiks in die Betriebsversammlungen. Dabei mußte der Referent der S. P. D. selbst zugeben, daß der Referent der U. S. P., Genosse Schneider, in durchaus sachlicher Weise über das Wahlergebnis gesprochen habe. Weiter stellte der „Vorwärts“ triumphierend fest, daß die Versammlungen überhaupt schlecht besucht waren und sich durchzogen, daß die übergroße Zahl der Arbeiter nicht von den Unabhängigen wissen wollen. Der Beweis wurde bei den Betriebsratswahlen am 16. und 17. Oktober erbracht. Es wurden abgegeben für die U. S. P. 688 Stimmen, für die S. P. D. 877 Stimmen. Die Zahlen erhalten noch einen größeren Wert, wenn man in Betracht zieht, daß die Wahlen im Dezember vorigen Jahres für die S. P. D. noch 480 Stimmen, für unsere Kandidaten aber nur 188 Stimmen ergaben. Es ist also wieder einmal ein festes Bollwerk der S. P. D. zum Zerfall gegangen.

Die Transport- und Lagerarbeiter, Bader und Kutscher der Eisen-, Stahl-, Kohlen-, Zucker-, Mehl- und ähnlichen Betriebe haben den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet: Mindestlohn für männliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre M. 80.—, für männliche Arbeiter über 18 Jahre M. 100.—; für weibliche Personen unter 18 Jahren wird 20 Prozent weniger bezahlt, für weibliche Personen über 18 Jahre wird 25 Prozent weniger als männlichen bezahlt. Angeordnete Ueberstunden werden mit 25 Prozent Aufschlag, Sonntagsarbeit 50 Prozent Aufschlag zum regulären Lohn bezahlt.

Den streikenden Metallarbeitern leisten die Kollegen, die über 100 M. in der Woche verdienen, 10.— M., und die, die unter 100.— M. verdienen, 5.— M. Unterstützung.

Der Streik der Angestellten bei den Eisenbahnbetrieben der Firma Kug u. Co. ist beendet. Nach ausgedehnten, schwierigen Verhandlungen hat der Schlichtungsaußenrat Drösel am 18. d. Mts. den Angehörigen die erhoffte Gleichstellung mit den Staatsbahnbeamten zurkannt. Beschaffungsstellen werden gewährt an Unberufene 275, an Verheiratete 400 und für jedes Kind 75 Mark. Rindungen und Entlassungen werden zurückgenommen. Maßregelungen dürfen nicht erfolgen. Streiktag werden bezahlt. Der Betrieb ist überall wieder aufgenommen worden.

Der frühere Arbeiterrat des Betriebsinspektorsamts des Gardekorps, Becl. Charlottenstraße, bittet uns um Veröffentlichung folgender Bekanntmachung: Die Auszahlung der Lohnbeträge für die in der Woche fallenden gesetzlichen Feiertage findet wie folgt statt: am Donnerstag, den 23. Oktober, von 9—3 Uhr, für die Dienststelle M. II und IV; am Freitag, den 24. Oktober, für die Dienststellen der Kommanderie Straße, M. I und M. V in der gleichen Zeit, und am Sonnabend, den 25. Oktober, von 9 bis 1 Uhr, für die Dienststellen der Grün- und Westerstraße, M. III und Betrieb Gannmann. Ausweise (Abgangsbefreiung usw.) sind vorzulegen.

Eine gut besuchte Versammlung der Berliner Bader, Sektion des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, nahm Stellung zu dem im Flugverwebe abgeschlossenen Vertrag. Bekanntlich ist der Lohn der Mauer- und Zimmerer rückwirkend vom 1. Oktober 1919 auf 3.20 M. für die Stunde tariflich festgelegt. Die Bader, deren Arbeitsverhältnisse tariflich noch nicht geregelt sind, stellen nun auch über die Forderungen auf, um diese auch abschließen eines Tarifvertrages den Arbeitgebern zu unterbreiten. Dem wie als Vorsitzender gab den Versammelten zunächst über die Ideen am 11. September d. J. beginnenden Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber einen ausführlichen Bericht. Durch Uebertragung auf den Vortag konnte Redner feststellen, daß der vor dem 1. Oktober aufgestellte Lohnfuß von 3.50 M. pro Stunde für Bauarbeit als ziemlich durchgeföhrt gel'en konnte. Um verschiedene Mißstände zu beseitigen, sowie die Verdienstmöglichkeiten der Kollegen auf gleiche Stufe zu stellen, ist es dringend nötig, auf jeder Baustelle in Einheitskolonnen zu arbeiten. In der sich anschließenden Diskussion wurde auch der Standpunkt des Vorsitzenden, daß die Mauerarbeit, an welche sich die Arbeiter mit aller Macht klammerten und die ein zu fest eingewurzeltes System in unterm Gewerbe sei, nicht durch Verfallungsbefähigung beseitigt werden würde, heftig kritisiert und diesem System von allen gegebenenfalls schärfster Kampf angelegt. Hieraus gelangte einstimmig folgender Antrag zur Annahme: „Alle sich mit Bauarbeit beschäftigenden Kollegen haben einen Stundenlohn von 4 M. zu fordern.“ Der Vorstand wurde beauftragt, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern in der bisherigen Form und im Zusammenhang beschließen, zwecks Abschluß eines Vertrages, fortzusetzen.

